

C1 Feministische Arbeitsmarktpolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen setzt sich für eine vollumfängliche Umsetzung einer
2 feministischen Arbeitsmarktpolitik ein. Hierzu zählen in Thüringen insbesondere
3 folgende konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen:

4 **1. Unbefristete Verstetigung und flächendeckender Ausbau**

5 **derpraxisintegrierten Ausbildung (PiA)** sowie Ausbau dieses Angebots an
6 staatlichen Fachstellen sowie staatlich anerkannten Ersatzschulen

- 7 • Erzieher*innen müssen landesweit und vollumfänglich von der PiA Gebrauch
8 machen können. Denn es entbehrt jeder Logik, dass Ausbildungsberufe, die
9 den Menschen dienen und – wie in diesem Fall – dafür sorgen, dass Eltern
10 überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nicht nur grundsätzlich
11 nicht vergütet werden, sondern Auszubildende dieser Berufe sogar darüber
12 hinaus Schulgeld zahlen müssen. Insbesondere Frauen sind hierdurch doppelt
13 benachteiligt. Denn sie sind überproportional in den wichtigen sozialen
14 Berufen tätig sind UND deutlich häufiger abhängig davon, dass ihre Kinder
15 gut in Kindertagesstätten betreut werden, damit sie selbst einer
16 (Vollzeit)Erwerbsarbeit nachgehen können.

17 **2. Auszubildenden- und Studierendenwohnheime** mit einem (Jugend-

18)Schutzkonzept, der insbesondere den **Schutz von jungen Frauen und INTA-**
19 **(Intergeschlechtlichen, Nonbinären, Transgender- und Agender-)Personen**
20 vorsieht.

21 **3. Ausbau des Thüringer Bildungsfreistellungsfreistellungsgesetzes:**

22 Ausweitung auf schulisch Auszubildende & einen vollen Anspruch von 5 Tagen
23 für alle Auszubildenden

24 Außerdem muss die Gesetzgebung und -umsetzung insgesamt echte und wirksame
25 Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und im
26 Privatleben schaffen. Dafür soll unter anderem **Checkverfahren – auf Landes- und**
27 **Bundesebene** eingeführt werden, welches alle geplanten Gesetze, Verordnungen und
28 Regelungen der Länder oder des Bundes unter gleichstellungspolitischen Aspekten

29 prüft. Das Instrument des Checkverfahrens, wie es im Übrigen die DGB-Frauen
30 längst fordern, ist eine Voraussetzung, um Diskriminierungen von Frauen sichtbar
31 zu machen und sie zu beseitigen.

32 Neben den landespolitischen Maßnahmen, die die SPD-Thüringen verfolgt, wird sie
33 sowohl innerhalb der SPD sowie in der Regierung auf Bundesebene eine
34 feministische Arbeitsmarktpolitik vertreten, aktiv politische Mehrheiten für
35 dieses Vorhaben gewinnen und auf die Umsetzung folgender Regelungen & Gesetze
36 hinwirken:

37 **1. Stärkung der partnerschaftlichen Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit:**

- 38 • fünfzehntägige vollbezahlte Partnerschaftsfreistellung nach Geburt eines
39 Kindes
- 40 • Erhöhung der Partnermonate in der frühen Familienphase
- 41 • Entgeltersatzleistung für Pflegende, die ihre Erwerbstätigkeit kurzfristig
42 unterbrechen oder längerfristig reduzieren müssen
- 43 • Anreize für eine geschlechtergerechte Inanspruchnahme von Pflegezeiten
- 44 • Ausweitung und umfangreiche Finanzierung von ganztägigen
45 Kinderbetreuungseinrichtungen inklusiver auskömmlicher
46 Personalbemessungsgrenze & der entgeltlichen wie sonstigen Aufwertung der
47 Sozial- und Erziehungsberufe

48 **2. Kinderkrankengeld erweitern:**

- 49 • Ausgleichszahlung von 100 %
- 50 • Langfristig einen Anspruch auf 15 Tage pro Kind & pro Elternteil
51 (beziehungsweise 30 Tage pro Kind bei Alleinerziehenden)
- 52 • Analog zu §9 BurlG soll der Urlaub von Beschäftigten, deren Kinder im
53 Urlaub erkranken, durch die Vorlage eines entsprechenden ärztlichen
54 Zeugnisses nicht angerechnet werden (verfallen)

55 **3. Stärkung der Tarifbindung mit dem Ziel der flächendeckenden Anwendung von**
56 **Tarifverträgen – denn wo Tarifverträge gelten sind die**
57 **Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer & die**
58 **Arbeitsbedingungen besser**

- 59 4. **geringfügige Beschäftigung** muss ab der ersten Arbeitsstunde
60 sozialversicherungspflichtig werden
- 61 5. **Ausweitung der Mindestausbildungsvergütung** auch für Auszubildende in einer
62 schulischen Berufsausbildung, denn junge Frauen absolvieren deutlich
63 häufiger eine schulische Ausbildung als junge Männer, die eher eine duale
64 Berufsausbildung absolvieren.
- 65 6. **Souveräne Arbeitszeitgestaltung:**
- 66 • Rechtsanspruchs der Beschäftigten auf die Gestaltung der Dauer, Lage und
67 Rhythmus der vertraglich geregelten Arbeitszeit sowie auf die Wahl des
68 Arbeitsortes
- 69 • Ausweitung des Anwendungsbereichs der Brückenteilzeit, um auch Frauen in
70 kleinen und Kleinstbetrieben nicht länger vom Recht auf befristete
71 Teilzeit auszuschließen
- 72 7. **Geschlechtergerechtes Steuerrecht umsetzen:**
- 73 • Beseitigung der deutlichen steuerlichen Mehrbelastung von
74 Alleinerziehenden
- 75 • ersatzlose Abschaffung des sogenannten Ehegattensplittings, insbesondere
76 der Möglichkeit der Steuerklassenkombination III/V
- 77 • Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag
- 78 8. **Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes** hinsichtlich der Integration von
79 Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und sexueller Belästigung am
80 Arbeitsplatz sowie Verpflichtung der Arbeitgeber*innen ein gewalt- und
81 belästigungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen
- 82 9. Umsetzung einer **geschlechtergerechten** (nicht geschlechterstereotypen)
83 **Arbeitsvermittlung** & verstärkte Einbeziehung von Frauen in qualitativ
84 hochwertige Arbeitsverhältnisse und Maßnahmen sowie Fort- und
85 Weiterbildungen